

Protokoll:

Die Vorsitzende stellt das Ende der Ausschusssitzung fest und fragt, ob es noch Fragen und Anregungen gäbe.

RM Wierschem bemängelt die Tatsache, dass der Anspruch auf Deutsch als Zweitsprache (DaZ)- Kurse nur zwei Jahre gelte. Gerade in Hinblick auf die Corona-Pandemie ab 2020 hätten viele Kurse gar nicht oder nur sporadisch durchgeführt werden können. Deshalb möchte Sie wissen, ob alternative Angebote bestünden, um die Deutschkenntnisse zu verbessern.

AM Müller erläutert die statistische Erhebung an der BBS Julius-Wegeler-Schule: Von den 500 Schüler:innen hätten 17,1 % einen Geflüchteten-Status und 80 Schüler:innen machten dort ein Berufsvorbereitungsjahr (BVJ). Da viele nur geringe Deutschkenntnisse mitbrächten (maximal B1-Niveau), gäbe es keine realistische Chance die Abschlussprüfung der Ausbildung zu bestehen. Dies führe schlussendlich zu viel Frust bei den Schüler:innen.

AM Dobbertin ergänzt, dass zudem nach sonderpädagogischer Überprüfung von 1200 Schüler:innen etwa 600 pandemiegeschädigt seien. Man dürfe die Kinder nicht im Stich lassen, sondern müsse auch im sprachlichen Bereich weiterfördern, weshalb man dies ohne eine statistische Erfassung vornähme.

Die Vorsitzende fügt hinzu, dass die zusätzlichen Feriensprachkurse zur weiteren intensiven Förderung der Deutschkenntnisse gut besucht seien. Außerdem gäbe es weitere Angebote wie zum Beispiel der Internationale Berufsinfotag, bei welchem Ukrainer:innen das deutsche Ausbildungssystem kennenlernen könnten.

RM Pilger spricht sich für ein Jahr mit reinem Sprachunterricht für Nischenausbildungsberufe aus, um einen besseren Start in den praktischen Ausbildungsteil ermöglichen zu können.

AM Müller erläutert, dass Schüler:innen normalerweise ein Recht auf Sprachförderung während der Schulzeit hätten. Dies erlösche jedoch, sobald die Schüler:innen einen Ausbildungsberuf erlernten und somit eine BBS besuchten.

AM Meier kritisiert die momentane Situation an vielen Schulen: Das Abschließen von Schulgebäuden und der Fenster sowie das Ausmachen der Lichter werde momentan vom Reinigungspersonal übernommen – obwohl es eigentlich von den Hausmeistern gemacht werden sollte.

AM Dobbertin fordert vom ZGM eine einheitliche Behandlung der Hausmeister, welche auch als letzte Person die Turnhallen abschließen sollten.

Die Vorsitzende erklärt, dass es eine Dienstanweisung für Hausmeister vom ZGM gäbe, welche eine bestimmte Dienstzeit von 07:00 bis 15:30 Uhr (Mo-Do) und von 07:00 bis 14:30 Uhr (Fr) vorsehe um die 39 Stundenwoche zu erfüllen. Dieses Thema wäre bereits in der GS Schulleitungsrunde diskutiert und ans ZGM weitergegeben worden.

RM Sauer betont, dass Sportvereine häufig dasselbe Problem hätten und die Auslagerung des Abschließens auf den Schlüsseldienst nicht sonderlich gut funktioniere, da Sachschäden meistens nur vom Hausmeister entdeckt würden. Außerdem seien nicht alle Hausmeister zuverlässig, was zu weiteren Problemen führe.

RM Pilger merkt an, dass grundsätzlich weder die Schulleitung noch andere Kolleg:innen für das Abschließen der Schulgebäude zuständig sein sollten und man dringend eine Lösung finden müsse.

AM Müller ergänzt, dass die Hausmeisterstellen teilweise nicht besetzt wären und ein Schlüsseldienst auch zu enorm hohen Zusatzkosten führen würde. Insofern würde man mit einem Hausmeister mehr Geld sparen. Gleichzeitig führt er ein Beispiel an: Im Winter war an manchen Tagen die Tür zur Julius-Wegeler-Schule um 07:00 Uhr noch nicht aufgeschlossen, was dazu führte das Schüler:innen mit einer

Anreise von ca. einer Stunde in der Kälte auf den Hausmeister warten mussten. Er plädiert dafür, den politischen Willen zu stärken und so eine Veränderung zu erzielen.

RM Sauer bittet Amt 40 sich mit dem Sport- und Bäderamt (Amt 52) in Verbindung zu setzen und eine Besprechung mit den Beteiligten zu initiieren.

AM Dobbertin gibt an, dass es Probleme mit dem Zeitwirtschaftssystem TIME gäbe. Das System ermögliche eine Zeitberechnung für die Sekretärinnen ausschließlich von 07:00 bis 16:00 Uhr, was nicht die alltäglichen Arbeitszeiten widerspiegele.

Die Vorsitzende bestätigt, dass dieses Thema auch in der GYM Schulleitungsrunde besprochen worden sei.

AM Dobbertin erklärt, dass es inzwischen drei verschiedene Gremien zum Thema Schulabsentismus gäbe (ADD/Jugendamt/Schulpsychologen, Jugendberufsagentur, Netzwerk Kindeswohlgefährdung). Daher bittet er um eine Vernetzung der Gremien bis zum nächsten Schulträgersausschuss sowie die Mitnahme in den Jugendausschuss, um einen besseren Informationsaustausch zu ermöglichen.

Die Vorsitzende will dieser Bitte nachkommen und fügt hinzu, dass bereits ein Antrag der Bildungskommune in Planung sei um weitere Stellen zu schaffen und eine effizientere Kommunikation und Vernetzung zu erreichen.

Die Vorsitzende bedankt sich für die Teilnahme der Mitglieder und beendet die Sitzung um 17:46 Uhr.

Die nächste Sitzung findet am 27.09.2023 um 18:00 Uhr im Rathaussaal 103 (RHI) statt.